

25. / XI. 1917

MM

* Die stillgelegte Spitzenindustrie. Die Abgeordneten Palme und Glöckel richteten in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses an den Handelsminister eine Anfrage wegen der Einstellung der monatlichen Zuweisung von Leinwand für die Spitzen- und Zwirnknopferzeugung. Die Anfrage schildert zuerst die Einstellung und sagt dann: In Betracht kommen bei der Stilllegung einige hundert kleinere Unternehmer und mehr als 30.000 Arbeiterinnen. Von diesen sind: 23.200 Klöpplerinnen, und zwar im Erzgebirge 8000, Böhmerwald 3500, Ostböhmen 4000, Krain und Küstenland 7000, Tirol 400, Galizien 300, ferner 2800 Spitzennäherinnen und 2500 Fiselarbeiterinnen sowie mehrere tausend Zwirnknopferarbeiterinnen. Die Krise wird dadurch verschärft, daß in nächster Zeit auch die von Staat erhaltenen Spitzenschulen mit ihren 5000 bis 6000 Schülerinnen gezwungen sein werden, ihre Tätigkeit einzustellen. Damit wird eine alte Heimindustrie dem Ruin überantwortet, weil ihr dadurch auf unbestimmte Zeit hinaus jedes Betätigungsfeld genommen ist. Nun stehen die Arbeiterinnen tatsächlich vor dem Nichts. Sowohl in den Gegenden des Erzgebirges als auch des Böhmerwaldes ist die Einführung einer Kriegsindustrie ausgeschlossen, weil es sich meistens um Kinder oder sehr alte Frauen, die für andere Arbeiten ungeeignet sind, handelt. Dazu kommt, daß es fast immer kinderreiche Familien trifft, Kleinhändler, die nur auf den geringen Bodenertrag bei gemeinsamer Arbeit aller Familienangehörigen angewiesen sind. Nur rasches, planmäßiges Eingreifen kann das Ueßerste vermeiden. Zwei Wege wären gangbar: entweder versucht man der arbeitslosen Bevölkerung wieder Verdienst und Arbeit zu verschaffen oder, falls es sich als unmöglich erweist, muß man durch finanzielle Unterstützungen, insbesondere durch Zuweisung von Lebensmitteln die Not zu lindern trachten. Am besten wäre es, der Spitzenindustrie ein Mindestquantum von Zwirn zur notdürftigen Fortführung der Spitzenklöppelei in den am meisten bedrohten Bezirken anzuweisen. Sollte sich dies als ganz unmöglich erweisen, so könnten Arbeiten, die bisher in aufgelassenen Interniertenlagern geleistet wurden, in den Notstandsgebieten eingeführt werden. Gleichzeitig ist jedoch dort, wo Arbeit nicht beschafft werden kann, eine entsprechende staatliche Unterstützung an alle Bedürftigen, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, und ihre Familien zu gewähren. Öffentlich wird der Handelsminister angesichts der entsetzlichen Notlage dieser Menschen rasch handeln.